

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 36/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 08 84

Inhalt

Horst Peter MdB zur aktuellen
Debatte um den Wirtschafts-
standort Bundesrepublik: Lei-
stung hat ihren Preis.

Seite 1

Horst Emmerlich MdB zum
Umgang der Bundesregierung
mit BND-Chef Wieck: Schäbi-
ge Kritik.

Seite 4

Dieter Heistermann MdB zum
Gespräch des Verteidigungs-
ministers mit Mitgliedern der
Bund-Länder-Kommission
über die Reduzierung von Tief-
flügen: Minister Scholz bleibt
politikunfähig.

Seite 5

Dieter Schanz MdB zum Er-
gebnis der Kambodscha-Ge-
spräche zwischen Peking und
Hanoi: Südostasien auf dem
Weg zu Frieden und Stabilität
helfen.

Seite 6

44. Jahrgang / 20

27. Januar 1989

Leistung hat ihren Preis

Zur aktuellen Debatte um den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik

Von Horst Peter MdB

Wieder einmal geht ein Gespenst um in Europa. Das Gespenst der Gefährdung der Bundesrepublik als Industriestandort.

Seit November 1987, seit der Vorlage des „Memorandums zur Europa-politik“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, hat sich die Offensive des Kapitals gegen den Sozialstaat in der Bundesrepublik und zur Verhinderung einer Europäisierung des Sozialstaates versteift.

Der Kernpunkt des BDI-Forderungspaktes war die Aufforderung an die Bundesregierung, die deutsche Präsidentschaft im EG-Rat zu einer Deregulierungsoffensive zu nutzen. Als Druckmittel wird das Argument eingesetzt, durch überzogene Sozialregelungen, überhöhte Lohnkosten und Lohnzusatzkosten und hohe Besteuerung der Unternehmengewinne sei der Industriestandort Bundesrepublik gefährdet.

Als getreuer Vasall des BDI nahm die FDP den Fehdehandschuh gegen den Sozialstaat auf - wer sonst? Graf Lambsdorff erklärte, daß man sich in der Bundesrepublik eine weitere Arbeitszeitverkürzung im Hinblick auf den Europäischen Binnenmarkt nicht leisten könne, ohne die Attraktivität der Bundesrepublik als Wirtschaftsstandort zu gefährden. Es sei ein hehres Ziel, aber auch eine Illusion, daß die Bundesrepublik ihren Höchststand bei den sozialen Bedingungen aufrechterhalten könne. Arbeits- und Kündigungsschutzbestimmungen, Frauennachtarbeitsverbot und Schutzbestimmungen für Behinderte müßten wie auch die Sozialplanregelungen geschleift werden. Für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sei ein „notwendiges Maß an Flexibilität“ erforderlich. Der Duden definiert Flexibilität als Biegsamkeit, Biegsamkeit und Geschmeidigkeit. Biegbare und biegsame Arbeitskräfte wollen Lambsdorff und der BDI.

Auch der neue Wirtschaftsminister Haussmann stimmt in dieses Klage lied und diesen Forderungskatalog ein, obwohl er zugestehen mußte, daß das „stabile Sozialklima“ in der Bundesrepublik ein Standortvorteil sei: „Die Realität eines Standorts wird von einem ganzen Bündel an Standortfaktoren bestimmt und das Gesamturteil kann nur lauten: Die Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor ein guter und attraktiver Produktionsstandort.“ Leider fehlt bei ihm das unmißverständliche Bekenntnis zu den Elementen dieses Faktorenbündels, die das stabile Sozialklima und damit die Standortattraktivität ausmachen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus U217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Firmenlogo Drucken
mit recyceltem Papier
Recycling-Papier



Konjunktur hatte die Tatabericht des BDI, die Bundesrepublik sei ein Höchststeuerland, in dem Unternehmensgewinne mit 70 Prozent besteuert werden würden. Daß diese Fehlrechnung bei Unternehmern, ihren Wissenschaftlern, Journalisten und Politikern soviel Anklang fand, läßt Zweifel an der ihnen unterstellten und zugesprochenen wirtschaftlichen Kompetenz aufkommen. WSI errechnete im Gegenzug eine Steuerbelastung von 43 Prozent, die durch Sonderabschreibungen und degressive Abschreibungen bis zu 34 Prozent gedrückt werden könne.

Furore machte auch die Aussage des Instituts der deutschen Wirtschaft, investieren lohne sich in der Bundesrepublik nicht, die Rendite sei zu gering, errechnet aus dem Abstand zwischen Kapitalmarkrendite und Bruttogesamtkapitalrendite. Geldmarktanlagen seien rentierlicher als Investitionen.

Irgendwo in der Welt scheint es dem Kapital immer besser zu gehen als gerade in der Bundesrepublik. Japanische Arbeiter schaffen 500 Stunden mehr im Jahr als ihre deutschen Kollegen - das IW mußte aber zugestehen, daß die dortige Nettoumsatzrendite geringer ausfällt als in der Bundesrepublik. Die Steuerbelastung in Japan gleicht nach den Tabellen des IW der in der Bundesrepublik. Vielfältige Abschreibungsmöglichkeiten würden jedoch den japanischen Unternehmern das Leben und das Wirtschaften erleichtern. Das IW verschweigt, daß auch hier in extensiver Weise steuerverhindernde Rücklagenbildung möglich ist.

Schon 1986 stieg in der Bundesrepublik die Nettoumsatzrendite von 1,9 auf 2,5 Prozent. Unternehmensgewinne explodieren, die Lohnquote geht zurück. Daimler weist in seiner Bilanz 1987 ein Eigenkapital von 9,7 Milliarden DM aus. Der Jahresüberschuß nach Steuern betrug knapp 1,8 Milliarden. Dies ergibt eine Eigenkapitalrendite von 18 Prozent. Solche Zahlen lassen sich noch nicht einmal mit hochspekulativen Anlagen in Hochzinsländern, mit Austral- und Kiwi-Bonds erreichen.

Wenn auch der DGB die Steuerbelastung der Unternehmen vielleicht zu niedrig ansetzt, die Wahrheit liegt immer in der Mitte, so muß doch zugestanden werden, daß die Standort-Debatte eine Kampagne zur Erzwingung politischer Vorteile ist, ähnlich der Aussagen vor der Bundestagswahl 1983, als mit Investitionsstreik und Standortverlagerung im Falle eines SPD-Sieges gedroht wurde. Mit dem Knüppel Europa soll der Esel Sozialstaat geschlagen werden. Zu Recht wird befürchtet, das Projekt Binnenmarkt 1992 sei das Trojanische Pferd, mit dem die nationale Strategie des Sozialabbaus durch das gleichzeitige Herausheben der wirtschaftlichen Chancen des Binnenmarktes und der Drohung mit dem Attraktivitätsverlust des Industriestandortes „europäisch“ begründet durchgesetzt werden soll.

Die Melodie dieser Klagelieder haben die Voodoo-Ökonomen der supply-side-Theorie Anfang der 80er Jahre angestimmt: die Reichen würden nur deshalb nicht arbeiten, weil sie angeblich zu wenig Geld verdienen, und die Armen angeblich nicht arbeiten, weil sie zuviel Sozialhilfe bekommen. Zu Recht hat Galbraith diese Masochismen des Kapitals als „monströsen Irrtum“ kritisiert. Es sei „ein intellektuelles Tarnmanöver, um den Reichen das Leben noch bequemer zu machen und ihnen das Gewissen zu erleichtern“.

Wer sich ernsthaft über die Attraktivität des Standortes Bundesrepublik Gedanken macht, muß nicht nur die Zahlen sprechen lassen, und dies auch nur dann, wenn sie stimmen; in die Kalkulation einbezogen werden müssen auch die immateriellen Wettbewerbs- und Standortvorteile: sozialer Frieden und Infrastrukturvorleistungen der Gesellschaft.

Vor eigenem Publikum, so im „Handelsblatt“, ist man realistischer und moderater. Tyll Necker: „Wichtige Parameter unternehmerischer Standortentscheidungen sind Regulierungsdichte, Arbeitszeitvorschriften, Arbeitskosten und Unternehmenssteuern.“ Dabei stellt Necker richtig fest: „Steuern sind aus unternehmerisch-betriebswirtschaftlicher Sicht Kosten für die öffentlichen Leistungen, die den Unternehmern an ihren Produktionsstandorten zugute kommen.“ Wenn das so ist, müssen natürlich Leistung und Gegenleistung übereinstimmen. Die bekannte Parole „Leistung muß sich wieder lohnen“, hat im Kern den Inhalt: „Leistung hat ihren Preis“. Vor dieser Konsequenz können sich Bundesregierung und Unternehmer nicht drücken, wenn es darum geht, den Preis für die Leistung Infrastruktur, sozialen Konsens und deren Leistungsfähigkeit zu zahlen.

Die Rechtfertigung für das Finanz-, Sozial- und Steuersystem der Bundesrepublik sind deren Standortvorteile. Standortvorteil 1: Infrastrukturleistungen von Bund, Ländern und Gemeinden. Dies rechtfertigt Unternehmenssteuern wie zum Beispiel die Gewerbesteuer. Standortvorteil 2: Sozialer Konsens, soziale Sicherheit und soziale Standards. Konkreter Vorteil: hohe Ausbildungsstandards der deutschen Arbeitskräfte, aber auch geringe Ausfälle durch Streiks. Ergebnis: bundesdeutsche Unternehmen haben hinsichtlich Qualität der Produkte und pünktliche Lieferung einen guten Ruf. Das rechtfertigt in der Bundesrepublik die Kosten für soziale Sicherungsrechte - Regulierungsdichte im Sprachgebrauch des Kapitals - und Lohnnebenkosten - die Beiträge für das System der sozialen Sicherung. Preis und Leistung müssen stimmen, und sie stimmen in der Bundesrepublik.

Es wird ja immer gesagt: Für unterschiedliche Autotypen gibt man unterschiedlich viel Geld aus. Für den „Mercedes“ Infrastrukturleistungen und sozialer Konsens werden intelligente Unternehmer den dem Angebot entsprechenden Preis auch in der Bundesrepublik zu zahlen bereit sein. Arm rechnet sich das Kapital nur in der Argumentation gegenüber der Öffentlichkeit. Wer aber freiwillig dafür eintritt, die Preise für die öffentliche Infrastruktur, die zum Beispiel die Gemeinden, aber auch Bund und Länder mit den Verkehrswegesystem bereitstellen, zu senken, der vergibt sich nicht nur ökonomische Standortvorteile, der verschenkt auch geschaffenes volkswirtschaftliches Vermögen der Bundesrepublik. Die Folgen können in den USA und Großbritannien beobachtet werden: Entindustrialisierung, Verstumung, Verfall von Infrastruktursystemen.

Zudem ist es nicht so, daß die Bundesrepublik im sozialen System nicht noch Nachholbedarf hätte. Die Bundesrepublik ist nicht überall „Spitze“. Der Eindruck, die Bundesrepublik sei eine sozialstaatliche Insel innerhalb der EG und in den anderen Staaten herrschten noch Sklaven- und Kinderarbeitsverhältnisse, täuscht. Im Arbeitskampfrecht ist Italien - aus gewerkschaftlicher Sicht - vorn. In Bezug auf soziale Infrastruktur für erwerbstätige Frauen wie Kinderhorte und Ganztagschulen ist Frankreich vorbildlich. Der arbeitsrechtliche Schutz in Belgien und Dänemark unterscheidet sich qualitativ nicht wesentlich von dem in der Bundesrepublik. Die Alterssicherung, die Sicherung gegen das Risiko der Pflegebedürftigkeit, ist in den Niederlanden vorbildlicher geregelt als durch den Versuch, den die Bundesregierung im Gesundheitsreformgesetz unternommen hat. In den Niederlanden besteht seit 1980 eine umfassende soziale Mindestsicherung für Erwerbstätige und Nichterwerbstätige, die im internationalen Vergleich Modellcharakter hat. Die Diskussion über ein garantiertes Mindesteinkommen wird selbst in den USA teilweise vorurteilsloser geführt als in der Bundesrepublik, gehen doch die dortigen Vorschläge auf das Modell einer negativen Einkommenssteuer von Milton Friedman zurück.

Die richtige sozialstaatliche Antwort auf die „Sozialdumping“-Diskussion lautet: Europäisierung des Sozialstaates, Nivellierung nach oben und nicht nach unten. Die Idee der sozialen Demokratie sollte essentieller Bestandteil der deutschen Europapolitik werden.

Es kommt in der Europapolitik auf die gleiche Geschwindigkeit an. Auf der Binnenmarktseite kann nicht Vollgas gegeben werden, wenn auf der sozialpolitischen Seite im Spargang gefahren wird.

(-/27.1.1989/va-ha/rs)

Schäbige Kritik

Zum Umgang der Bundesregierung mit BND-Chef Wieck

Von Alfred Emmerlich MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

In den vergangenen Tagen gab es in den Medien laufend Nachrichten über angebliche Fehler des BND-Präsidenten.

Kein Zweifel kann daran bestehen, daß diese Pressekampagne aus dem Kanzleramt in Gang gesetzt worden ist. Der Höhepunkt dieser Kampagne war, daß eine unzutreffende Pressemitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung korrigiert wurde mit dem Hinweis, sie ginge auf eine unrichtige Information durch den Bundesnachrichtendienst zurück. Einen solchen öffentlichen Tadel durch die Bundesregierung für den BND hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben.

Es gibt hinreichende Anhaltspunkte dafür, daß der Koordinator für die Nachrichtendienste dafür persönliche Verantwortung trägt. Politisch verantwortlich ist er jedenfalls. Aber nicht nur er, sondern auch der Bundeskanzler. Falls es Fehlleistungen des BND-Präsidenten und/oder des BND gegeben haben sollte, so hat die Bundesregierung alle Möglichkeiten, das den Verantwortlichen auf dem Dienstwege mitzuteilen und dafür zu sorgen, daß sich derartiges nicht wiederholt.

Öffentliche Kritik ist nicht erforderlich. Sie ist auch unfair, weil sich der so getadelte nicht verteidigen kann. Sofern sie teilweise, wenn nicht sogar insgesamt unberechtigt sein sollte - dafür spricht einiges - und wenn sie dazu diene von eigenen Versäumnissen des Koordinators und der Bundesregierung abzulenken - wer zweifelt noch daran, daß das so ist? - dann ist die öffentliche Kritik nicht nur unangemessen, sondern schäbig.

Dem Schaden, den die Bundesregierung durch ihr Verhalten in Chemie- und anderen Waffenexporten verursacht hat, fügt sie durch Herabsetzung des Ansehens des BND und seines Präsidenten weiteren hinzu. Wann werden die dafür verantwortlichen Mitglieder der Bundesregierung begreifen, daß sie ihre persönlichen Interessen denen der Bundesrepublik Deutschland unterordnen müssen.

(-/27.1.1989/va-hg/rs)

Minister Scholz bleibt politikunfähig

Zum Gespräch des Verteidigungsministers mit Mitgliedern der Bundesländer-Kommission über die Reduzierung von Tiefflügen

Von Dieter Heistermann MdB

Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen und
Vorsitzender der SPD-Arbeitsgruppe „Flüglärm“

So positiv es ist, daß endlich ein Dialog zwischen Bund und Ländern in Gang kam, so traurig ist das Ergebnis. Hatten mehrere Bundesländer schon längst gesagt, was sie wollten - wie zuletzt Nordrhein-Westfalen in aller nötigen Klarheit - gab's von Verteidigungsminister Scholz wieder mal nichts Neues.

Er hat immer noch kein Konzept zur Reduzierung von Tiefflügen, geschweige denn ein Konzept, das den Verzicht auf militärische Tiefflugübungen endgültig möglich macht. Auch beim Gespräch mit den Ländern ging es ihm vor allem um die Frage, wie denn die Belastung in den bislang sieben ausgewiesenen Tieffluggebieten „gerechter“ zu verteilen sei. Glaubt Scholz wirklich, krankmachenden Tieffluglärm auf noch mehr Menschen „verteilen“ zu können und dafür auch noch die Zustimmung der Länder und der betroffenen Bürger zu bekommen? Scholz will nicht begreifen, daß drei Viertel aller Bürger das Höllenspektakel des Tiefflugs auf den Müllhaufen der Geschichte wünschen. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt deshalb mit Nachdruck die Länder, die wirkliche Veränderungen, die tatsächliche Verbesserungen für die lärmgeschädigten Bürger erreichen wollen.

Oder ist etwa die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes gefährdet, wenn man dem jüngsten Vorschlag Nordrhein-Westfalens folgt, die militärischen Tiefflüge unter 300 Meter zu verbieten und ein grundsätzliches Verbot des Überfliegens von kerntechnischen Anlagen und Chemie- und Industrieanlagen mit hohem Gefährdungspotential zu verhängen?

Wer sich, wie der Bundesminister der Verteidigung, auf Dauer den Sorgen der Menschen, den Vorschlägen der Länder, den Initiativen der Bürger und den schlichten Realitäten verschließt, ist politikunfähig. Der Bundeskanzler sollte rasch Konsequenzen ziehen. (-/27.1.1989/vo-he6/rs)

* * *

Südostasien auf dem Weg zu Frieden und Stabilität helfen

Zum Ergebnis der Kambodscha-Gespräche zwischen Peking und Hanoi

Von Dieter Schanz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Es ist zu begrüßen, daß sich China und Vietnam nunmehr in Gesprächen - den ersten seit Ende 1979 überhaupt - auf den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha unter internationaler Aufsicht bis September dieses Jahres geeinigt haben. So behalten alle diejenigen recht, die immer auf die Bereitschaft Vietnams hingewiesen haben, sich zurückzuziehen.

Und wenn tatsächlich die Chinesen bereit sind, parallel zur Rückführung der vietnamesischen Soldaten ihre militärische Hilfe für die in Kambodscha kämpfenden drei Guerillagruppen einschließlich der Roten Khmer auslaufen zu lassen, hat das Land, hat die Region eine echte Chance auf Frieden.

Die westlichen Länder, vor allem soweit sie bisher nicht in den Konflikt involviert waren, müssen ihre moralische Verpflichtung erkennen und endlich handeln! Die SPD ruft die Bundesregierung auf, die Vorbereitungen für die Aufnahme bilateraler wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Vietnam zu beschleunigen. Es ist höchste Zeit, daß auch das Auswärtige Amt das Bremserhäuschen verläßt!

Zudem gilt es, die Stiftungen - aus meiner Sicht besonders die Friedrich-Ebert-Stiftung - zu ermuntern, die politischen und wirtschaftlichen Umstrukturierungen, die sich in Vietnam vollziehen, nicht nur mit eher distanzierterem politischen Interesse zu begleiten. Die Lage erfordert Aktivität, gefragt sind unter anderem know-how-Transfer und Management-Schulung.

Der „reisende“ Außenminister Genscher sollte rasch seine internationalen Kontakte knüpfen und einen Beitrag leisten, daß eine wirksame Kontrolle des Friedensprozesses in Kambodscha organisiert und darüber hinaus sichergestellt werden kann, die Mörderbanden der Roten Khmer zu entwaffnen.

Nebenbei bemerkt: Wenn der eigentliche Auslöser der Bemühungen um die Lösung des Kambodscha-Konflikts in der Annäherung zwischen China und der Sowjetunion, Vietnams Hauptverbündeten zu suchen ist, kann man dem Staats- und Parteichef der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, zu seiner Politik der Friedenssicherung nur gratulieren!

(-/27.1.1989/vo-he/rs)

* * *